

**Beschluss
der Stadtverordnetenversammlung**

21. Juli 2014
1 von 1

Keine Rüstungsexporte nach Algerien

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen B90/Grüne und Kasseler Linke sowie des
Stadtverordneten Bayer
- 101.17.1384 -

Gemeinsamer Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Kasseler Stadtverordnetenversammlung fordert die Bundesregierung auf, die geplante Lieferung von Panzern nach Algerien und die Beteiligung von deutschen Firmen am Aufbau einer Panzerfabrik in Algerien nach § 7 des Kriegswaffenkontrollgesetz zu widerrufen. Diese Lieferungen stehen in erheblichem Widerspruch zu den deutschen Rüstungsexportrichtlinien.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: SPD (15), B90/Grüne, Kasseler Linke,
Demokratie erneuern/Freie Wähler (2), Stadtverordneter Bayer

Ablehnung: SPD (8), CDU, FDP, Demokratie erneuern/Freie Wähler (1)

Enthaltung: --
den

Beschluss

Dem gemeinsamen Antrag der Fraktionen der B90/Grüne, Kasseler Linke und des Stadtverordneten Bayer betr. Keine Rüstungsexporte nach Algerien, 101.17.1384, wird **zugestimmt**.

Petra Friedrich
Stadtverordnetenvorsteherin

Nicole Schmidt
Schriftführerin